

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



Die FPÖ an der Macht

Tarnen und Enttäuschen: Wo die FPÖ mitregiert, zeigt die „Partei der kleinen Leute“ ihr wahres Gesicht – als treibende Kraft in der Demontage des Sozialstaats. Ein Weckruf.

Es war im September 2025, als Herbert Kickl den einst von Jörg Haider geprägten Begriff der „Dritten Republik“ für seine Vision der illiberalen Wende wiederverwertete. Die FPÖ hatte sich in der Opposition gut eingerichtet. Die gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP und frühere Flops als Regierungspartner belasteten den FPÖ-Chef kaum: Die Umfragen stimmten, erstmals saß die FPÖ in fünf von neun Landesregierungen. Eine günstige Gelegenheit, den Umbau Österreichs in eine illiberale Demokratie dezentral über die Länder zu steuern. Ein Jahr später zeigt der Blick auf freiheitlich mitregierte Länder, was Kickl unter „Dritte Republik“ versteht: einen Ort der Entsolidarisierung und sozialen Kälte.

Oberösterreich als Blau-Pause

Der Föderalismus gilt als Abwehr-Mechanismus für demokratische Systeme. Die FPÖ dreht den Spieß um und nutzt die Autonomie der Länder, um ihr Programm an den Bundesinstitutionen vorbei durchzusetzen – erleichtert durch die jahrelange Vorarbeit des „FPÖ-Pionierlands“ Oberösterreich. Seit 2015 ist der FPÖ-Landeschef Manfred Haimbuchner durchgehend Landeshauptmann-Vize und machte Oberösterreich in dieser Zeit zur Modellregion blauer Ausgrenzungspolitik. Haimbuchner sicherte harte Einschnitte ins Sozialsystem rechtlich ab – ParteikollegInnen mussten diese bei ihrem Einzug in die nächste Landesregierung nur noch im Copy-Paste-Verfahren übernehmen. So koppelte der langjährige Wohnbaupolitiker die Wohnbeihilfe an Deutsch-Sprachzertifikate – Niederösterreich und die Steiermark folgten direkt. Die Verdrängung in prekäre Untermietverhältnisse und die Entstehung sozialer Brennpunkte nimmt man in Kauf: Selbst verursachte Probleme anzuprangern, gehört zum Spiel.

Auf Haimbuchners Konto geht auch die kritisierte Sachleistungskarte für die Grundversorgung. Die „Bezahlkarte“ ist der Traum jedes Illiberalen: Einsatzmöglichkeiten lassen sich beliebig steuern. Ein Bier kaufen? Verbieten. Barabhebungen? Nur die 40 Euro Taschengeld pro Monat. Sozialmarkt? Nicht in Niederösterreich – dafür sorgte Asyl-Landesrat Christoph Luissner, der die Karte auch gleich für Barabhebungen und Überweisungen sperren ließ. Das Taschengeld wird weiter bar ausgegeben. Als „Deattraktivierung des Sozialsystems“ verkauft, ist die Karte ein Kontroll- und Schikanewerkzeug, das finanzielle Autonomie aushebelt, diskriminiert – und sich leicht auf andere Gruppen ausweiten lässt. Oberösterreich und die Steiermark stellten neben AsylwerberInnen auch Personen mit Vertriebenenstatus auf die Karte um – also alle UkrainerInnen. Der Wiener FP-Chef Dominik Nepp fordert das System indes für alle SozialhilfeempfängerInnen ohne österreichischen Pass.

Die „Anderen“ werden mehr

Im Wettbewerb sozialer Kälte hat die Steiermark als einziges Bundesland mit einem FPÖ-Landeshauptmann die Führung übernommen. Während in Niederösterreich bei Nichteinhaltung bestimmter Auflagen bereits bis zu 50 Prozent der Sozialhilfe gestrichen werden, droht bei der steirischen „Sozialunterstützung neu“ Betroffenen, die etwa wegen Betreuungspflichten einen Job ablehnen oder wegen Krankheit den Integrationskurs verpassen, der komplette Leistungsausfall.

Auf dem Weg zur „Dritten Republik“ setzt die FPÖ nicht auf Sozial-, sondern auf eine Art Disziplinarpolitik, die BürgerInnen in „Wir“ und „die Anderen“ spaltet und bei den Schwächsten beginnt – mit radikalen Kürzungen bei Asyl-, Integrations- und Sozialhilfeprojekten. Der Gewöhnungseffekt greift bereits, erkennbar am erlahmenden Protest gegen den FPÖ-Kampfbegriff „Arbeitsunwillige“ und dessen historisch untragbaren Nachhall. Noch verwendet die FPÖ den Ausdruck nur für MigrantInnen. Doch wie die Sachleistungskarte lässt sich auch die Stigmatisierung beliebig ausweiten.

Auf Bundesebene propagiert die FPÖ die Streichung von Gesundheitsleistungen für Teilzeitbeschäftigte und stimmte als einzige Partei gegen den Unterstützungsfonds für Alleinerziehende. Sie ist gegen Steuern auf Millionenerbschaften und für höhere Selbstbehalte, gegen eine bundesweite Kindergrundsicherung und für die Abschaffung der Notstandshilfe.

37 Prozent der ÖsterreicherInnen können sich vorstellen, die FPÖ zu wählen. Die Tarnung der selbsternannten „Partei der kleinen Leute“ wird jedoch spätestens dann auffliegen, wenn bio-österreichische Alleinerziehende, wegen Krankheit Arbeitsunfähige oder PensionistInnen enttäuscht erkennen müssen, dass auch ihre Leistungen massiv gekürzt werden. Im derzeit von der FPÖ bewusst geschürten, aggressiven Klima erhält so der Ausdruck „blinde Wut“ eine ganz neue Dimension.

Sylvia Steinitz ■



„Bauhaus-Manifest“: Breites Bündnis für Freiheit der Kunst

Die AfD in Sachsen-Anhalt nimmt die historische, in Weimar gegründete Kunstschule Bauhaus ins Visier. Widerspruch kommt aus Kultur, Verbänden, Kirchen. Wenige Wochen vor der Wahl in Sachsen-Anhalt machten sich Kulturschaffende, Handwerk, ArchitektInnen und Kirchen in einem „Bauhaus-Manifest“ für die Freiheit der Kunst und eine weltoffene Gesellschaft stark. Initiator war Kulturstatsminister Wolfram Weimer. „Gemeinsam machen wir deutlich, dass wir das Bauhaus und seine Prinzipien stärken und gegen jede Art von demokratiefeindlichen Angriffen verteidigen wollen“, sagte der parteilose Politiker der Deutschen Presse-Agentur. Das Bauhaus wurde 1919 vom Architekten Walter Gropius und anderen als Kunstschule in Weimar gegründet und ist später nach Dessau umgezogen. Seine künstlerischen Ansätze und Designformen beeinflussen bis heute Kunst und Architektur. Die AfD im sachsen-anhaltischen Landtag hat das Bauhaus als „Irrweg der Moderne“ bezeichnet.

Für „Autonomie künstlerischer Leistung“

Das „Bauhaus-Manifest 2026“ unterstützen unter anderem die Akademie der Künste, der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Designtag, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Museumsbund, der Zentralverband des Deutschen Handwerks sowie die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland. Das Papier erinnert an die Anfeindung des Bauhauses durch das Nazi-Regime und mahnt zur Erinnerungskultur. Zugleich heißt es: „Die Autonomie künstlerischer Leistungen und Institutionen gehört zu den Grundbedingungen einer lebendigen Demokratie. Stärken wir daher Theater, Museen, Bibliotheken, Konzerthäuser und andere Kulturorte als Räume des Perspektivwechsels, des Widerspruchs und des demokratischen Dialogs. Sichern wir ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber parteipolitischen Interessen und Einflussnahmen.“ Grundgedanke des Bauhauses sei, schöpferische Ideen, wagemutige Forschung, handwerkliche Exzellenz und technologische Innovation zusammenzuführen. Zudem stehe das Bauhaus für Offenheit und Erneuerung, Austausch und Vernetzung. Die Unterstützer finden: „Diese Offenheit ist



A. Savin / Wikipedia

Das Werkstättengebäude in Dessau zählt seit 1996 zum UNESCO-Weltkulturerbe.

eine große Stärke deutscher Kultur und bereichert Deutschland. Kulturfeindlichen Nationalismus lehnen wir ab.“

AfD für „patriotische Kulturpolitik“

Die AfD wird in dem „Bauhaus-Manifest 2026“ nicht erwähnt. Das Papier ist aber eine Art Gegenentwurf zu den Zielen der Partei, die in Sachsen-Anhalt eine Alleinregierung anstrebt. Sie will nach eigenen Angaben eine „patriotische Kulturpolitik“ und vorwiegend Kunst fördern, die „einen Beitrag zu deutscher Identitätsfindung leistet“. Ihr Vorbild ist Ungarns früherer Ministerpräsident Viktor Orbán. Weimer hat das Bauhaus schon in den vergangenen Monaten immer wieder verteidigt und vor finanziellen Einschnitten bei der Institution gewarnt. Gropius hatte 1919 in einem eigenen „Bauhaus-Manifest“ Ziele der Kunst- und Architekturschule abgesteckt. In Dessau erlebte sie dann von 1926 an für wenige Jahre ihre Blütezeit. Die Bauhäusler entwarfen nicht nur Möbel, Leuchten, Schmuck und Gebrauchsgegenstände. Dank neuer Materialien und neuer Techniken machten sie das Wohnen in einer Zeit der Knappheit für viele Menschen bezahlbar. 1933 wurde das Bauhaus von den Nazis geschlossen.

Gerald Netzl ■

Gedenken 15. Juli 1934

Der südliche Wienerwald ist eine beliebte Wandergegend. Zwischen Seewiese und Kugelwiese, nahe Gießhübl, liegt im Wald versteckt der Predigerstuhl. Einst war rund um diesen Felsen eine große Wiese, sie ist seit vielen Jahren zugewachsen. Am 15. Juli 1934 wurden die beiden jungen Liesinger Arbeiter Hans Fröhlich und Richard Lehmann bei einer Kundgebung auf der Predigerstuhlwiese erschossen. Nur wenige Monate nach dem Februar 1934 versammelten sich im Juli die nun illegalen „Revolutionären Sozialisten“ um der Opfer des 15. Juli 1927 (Brand des Justizpalastes in Wien) zu gedenken. Rosa Jochmann wollte die Gedenkrede halten. Genauso wie 1927 krachten wieder die Gewehre und zwei junge Menschen mussten einen sinnlosen Tod sterben.

Seit Oktober 2004 erinnert unweit des Tatorts ein von den Bezirksgruppen Mödling und Liesing gestifteter Stein mit einer Gedenktafel an das tragische historische Ereignis. Am 18. Juli 2026 trafen sich dort elf AntifaschistInnen und ehrten die Toten. Gerald Netzl erinnerte diesmal anlässlich des Putsches in Spanien vor neunzig Jahren an den spanischen Bürgerkrieg und die internationale Solidarität. 35.000 Freiwillige aus 53 Ländern kämpften in den Internationalen Brigaden. Unter ihnen 1.400 aus Österreich, davon sind 240 gefallen. Gerald Netzl sprach allgemein und auch speziell über die 23 Spanienkämpfer aus den (heutigen) Bezirken Mödling und Liesing.



Franz Gehring

Die Genossinnen und Genossen beim Gedenkstein für die Opfer des 15. Juli 1934.

Was bleibt, wenn niemand mehr erzählen kann

Johanna Lehner und Anna Portenkirchner verfassten eine Masterarbeit zur Bedeutung von Gedenken und Erinnerungskultur am Beispiel der Widerstandskämpferinnen Rosa Jochmann und Käthe Sasso. In dieser Masterarbeit haben sie untersucht, welche Formen des Erinnerns an weiblichen Widerstand es gibt und inwiefern Rosa Jochmann und Käthe Sasso Teil des kollektiven Gedächtnisses des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen sind. Hier ihre Erkenntnisse:

Wie wir zu diesem Thema kamen

Unsere Idee war von Anfang an klar: eine wissenschaftliche Arbeit über Gedenken und Widerstand, mit dem Fokus auf den Widerstand von Frauen. Wir wollten damit einen Beitrag zur Erinnerungskultur leisten, in einem Bereich, in dem es Aufholbedarf gibt: Weiblicher Widerstand ist in der Geschichtserzählung marginalisiert und unsichtbar gemacht worden. Uns interessierte aber nicht nur der Widerstand selbst, sondern auch die Erinnerung daran. Was heißt Erinnern, was heißt Gedenken, und wie wird erinnert? Deshalb haben wir uns mit Erinnerungstheorien befasst und die Frage an zwei Biografien geprüft. Befragt haben wir elf Verbandsmitglieder: sieben aus dem Landesverband Oberösterreich, vier aus Wien.

Warum Jochmann und Sasso

Rosa Jochmann (1901-1994) nahm im Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen eine herausragende Stellung ein: Sie war die erste und bislang einzige Frau an seiner Spitze. Käthe Sasso (1926-2024) verband eine innige Freundschaft mit aktiven Mitgliedern des Landesverbandes Oberösterreich und sie nahm regelmäßig an Gedenkveranstaltungen teil. Beide wurden nach Ravensbrück deportiert, beide wirkten nach 1945 als Zeitzeuginnen.

Was die Gespräche zeigen

Die Erinnerungen an die beiden Frauen fallen unterschiedlich aus – vor allem zwischen Wien und Oberösterreich. Zwei Faktoren waren dabei entscheidend: das Alter der Befragten und der Grad persönlicher Nähe zur jeweiligen Widerstandskämpferin. Diese Nähe beeinflusst Art, Intensität und Struktur der Erinnerungen maßgeblich. Deutlich wurde außerdem, wie stark das Erinnern von Strukturen und Personen abhängt. Abrufbar sind vor allem jene Erinnerungen, zu denen amtierende Vorsitzende oder Funktionär:innen einen Bezug haben und auf die sie Wert legen. Auch ein Verband, der sich der Erinnerungskultur widmet, ist nicht davor gefeit, durch Schwerpunktsetzungen blinde Flecken hervorzurufen.

Hinzu kommt die regionale Verankerung: Beide Widerstandskämpferinnen sind vor allem dort präsent, wo sie nach 1945 gewirkt haben. Die Erinnerung an Käthe Sasso hängt stark an ihrer Nähe zu Oberösterreich und an direkten Kontakten zu heute aktiven Mitgliedern, von denen viele sie persönlich gekannt haben. In Wien ist sie weniger tief verankert. Umgekehrt können Verbandsmitglieder aus Wien detailliertere und persönlichere Erinnerungen an Rosa Jochmann nacherzählen, während das Erinnerungswissen in Oberösterreich geringer ausfällt. Jüngere Mitglieder stützen sich oft auf Aufzeichnungen, Bücher und Filme.

Zwei Formen des Erinnerns

Den markantesten Unterschied zwischen der Erinnerung an die beiden Widerstandskämpferinnen, macht die Form der Erinnerung. An Rosa Jochmann wird institutionalisiert erinnert: durch den jährlichen Gedenk marsch am 1. November und durch Auszeichnungen oder Gebäude, die

ihren Namen tragen. Damit kommen wir zu dem Schluss, dass sie – zumindest im Wiener Bundesverband – bereits in das kulturelle Gedächtnis übergegangen ist, also in jene Form des Erinnerns, die durch Rituale, Orte und Zeichen gesichert ist.

Die Erinnerung an Käthe Sasso beruht dagegen überwiegend auf persönlichen Begegnungen und mündlicher Weitergabe. Sie bleibt damit – so unsere Schlussfolgerung – an das kommunikative Gedächtnis gebunden, das nur so lange trägt, wie Menschen erzählen können, die dabei waren: etwa drei Generationen lang. Ob die Erinnerung auch bei nachfolgenden Mitgliedern bestehen bleibt, die ihr nie begegnet sind, ist heute offen.

Erinnerung ist Arbeit

Was bleibt, ist eine Einsicht, die über unsere beiden Fallbeispiele hinausreicht: Erinnerung läuft nicht von selbst. Sie ist ein arbeitsintensiver Prozess, der Wiederholung, Rituale und bewusste Entscheidungen braucht. Und sie braucht die gezielte Sichtbarmachung des Widerstandes von Frauen. Wir danken allen Interviewten für ihr Vertrauen und für ihre Erinnerungsarbeit, die sie mit großer Ernsthaftigkeit leisten!

Link zur Arbeit, unseren Handlungsempfehlungen und zu den verwendeten Quellen: <https://epub.jku.at/obvulihs/content/titleinfo/14436042>

Johanna Lehner und Anna Portenkirchner ■



Rosa Jochmann und Käthe Sasso standen im Mittelpunkt einer Masterarbeit zur Bedeutung von Gedenken und Erinnerungskultur.



Gerald Netzl

Das interessante Nationale Museum für Widerstand und Menschenrechte befindet sich in Esch-sur-Alzette (LUX).

Widerstand in Luxemburg

Im Jahr 2017 gründeten die Stadt Esch-sur-Alzette (die zweitgrößte Stadt des Landes) und das Kulturministerium die Stiftung Nationales Widerstandsmuseum. Das Nationale Museum für Widerstand und Menschenrechte hat es sich zum Ziel gesetzt, einem breiten Publikum Themen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, aber auch aktuelle Themen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen oder der staatsbürgerlichen Bildung zu präsentieren.

Bereits 1956 erfolgte die Einweihung eines Nationalen Widerstandsmuseums, erbaut auf Initiative des Luxemburger Bundes der politischen Gefangenen und Deportierten LPPD. Zusammen mit einem Kriegerdenkmal wurde es zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus und der in den Bergwerken und Fabriken im Süden des Landes ums Leben gekommenen Arbeiter errichtet. Im März 2024 erfolgte die Eröffnung einer neuen, modernen Dauerausstellung.

Luxemburg im Zweiten Weltkrieg

Im Mai 1940 eroberte die Wehrmacht das neutrale Großherzogtum innerhalb weniger Tage. Ende Juli 1940 übernahm Gustav Simon (1900-1945) als Gauleiter des angrenzenden Gaus Koblenz-Trier die Zivilverwaltung in Luxemburg. Damit wurde das Land von Deutschland faktisch annektiert, wenn auch nicht staatsrechtlich in das Reich inkorporiert. Die Nazis betrieben eine systematische Politik der Gleichschaltung und Germanisierung, Französisch und andere „fremde“ französischstämmige Einflüsse wurden verboten. Das traf auf ein erhebliches Widerstandspotential in der einheimischen Bevölkerung, die durch Einführung des Deutschen als offizielle Amtssprache im Gebrauch des Lëtzebuergesch bestärkt wurde. Ende 1940 entstanden erste luxemburgische Widerstandsorganisationen, deren Aktivitäten im weiteren Kriegsverlauf von Sabotage- und Propagandaaktionen bis zur Nachrichtenübermittlung an alliierte Geheimdienste reichten.

Einen Höhepunkt erreichte der Widerstand gegen die deutschen Besatzer unmittelbar nach der Verschmelzung von Luxemburg mit dem Gau Koblenz-Trier zum Gau Moselland am 30. August 1942 und der damit verbundenen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Tausende Luxemburger. Im Anschluss an die blutige Niederschlagung von Streiks im Spätsommer 1942 wurden rund 4.000 deutschfeindliche Luxemburger nach Deutschland und in die besetzten Ostgebiete zwangsumgesiedelt. Etwa 10.000 Männer wurden zu Wehrmacht oder Waffen-SS einberufen (1.500 meldeten sich freiwillig), von ihnen sind 1.764 gefallen und 1.974 vermisst. Etwa 1.200 flüchteten vor ihrer Einberufung und 2.300 desertierten bzw. liefen zum Feind über. Es gibt in Luxemburg viele Denkmäler für die Zwangsrekrutierten. In Frankreich gibt es einen eigenen Begriff für rund 130.000 Männer aus dem Elsass und Lothringen, die während des Zweiten Weltkriegs von den deutschen Besatzern zwangsweise in die Wehrmacht oder die Waffen-SS eingezogen wurden: „Malgré-nous“ (französisch für „gegen unseren Willen“).

Von den 1940 in Luxemburg 3.700 wohnenden Jüdinnen und Juden überlebten etwa 2.500, weil sie rechtzeitig fliehen konnten. Etwa 1.400 wurden Opfer der Shoa. Vom 16. Oktober 1941 bis zum 17. Juni 1943 erfolgten sieben Deportationstransporte in den Osten. Am 10. September 1944 wurde Luxemburg von US-amerikanischen Truppen erstmals befreit. Allerdings begann die Wehrmacht am 16. Dezember 1944 die Ardennenoffensive und rückte an ihrer linken Flanke auch gegen Luxemburg vor. Dadurch entstanden schwere Zerstörungen in den nördlichen Regionen Luxemburgs.

Die Ausstellung im Museum ist sehenswert, das Meiste ist in drei Sprachen zu lesen (D, Eng, F).

Gerald Netzl ■

Web-Tipp: www.mnr.lu

Gedenkstätte Hinzert

Das SS-Sonderlager Hinzert war ein deutsches Haft- und Konzentrationslager in der Nähe von Trier (Rheinland-Pfalz). Es existierte mit wechselnden Funktionszuweisungen von 1939 bis Anfang März 1945.

Den Beginn stellte 1938 ein Barackenlager der Deutschen Arbeitsfront für Arbeiter des Westwalls dar. Es war allerdings keine „normale“ Arbeiterunterkunft, sondern ein sog. „Arbeitserziehungslager“ zur „disziplinarischen Behandlung“ und „dreiwöchigen Umerziehung“ von sog. „Arbeitsscheuen“, die zur Arbeit am Westwall zwangsverpflichtet waren. Ein Teil des Lagers trug die Bezeichnung „SS-Sonderlager Hinzert“; dort wurden Arbeiter eingewiesen, die, von der SS als „Rückfällige, notorische Faulenzer oder Gewohnheitstrinker“ bezeichnet, länger inhaftiert werden sollten.

Am 1. Juli 1940 wurde das Lager durch die Inspektion der Konzentrationslager (IKL) übernommen. Es erhielt trotz seiner Kleinheit den Status eines KZ-Hauptlagers. Neben „Arbeitserziehungs-Häftlingen“ wurden zunehmend politische Gefangene in Hinzert eingeliefert. Ab Mai 1942 wurden vermutlich über 2.000 „Nacht-und-Nebel-Gefangene“ aus Frankreich und den Benelux-Staaten in Hinzert eingeliefert. Bis zu seiner Räumung 1945 durchliefen rund 14.000 männliche Häftlinge das Lager.

Das Lager war für 560 Häftlinge ausgelegt, aber zeitweilig mit 1.200 bis 1.500 Menschen völlig überfüllt. Belegbar ist eine Anzahl von 321 Toten, vermutet wird allerdings eine höhere Zahl. Obwohl Hinzert kein Vernichtungsort war und nicht über Tötungsanlagen wie z. B. Gaskammern verfügte, kam es neben den Morden durch das Lagerpersonal zu angeordneten „Sonderbehandlungen“ (also Morden), u. a. Ende 1941 zur Tötung von 70 sowjetischen Politikommissaren und 1944 von 23 luxemburgischen Widerstandskämpfern. Die Massenmorde geschahen entweder durch Erschießen oder durch Giftspritzen. Die Leichen wurden im Wald hinter dem SS-Sonderlager verscharrt. 1946 ließ die französische Militärregierung einen



Gerald Netzl

Gedenktafel für Opfer aus Luxemburg in der Gedenkstätte Hinzert.

Ehrenfriedhof anlegen, auf dem alle in den Massengräbern gefundenen Leichen, die man nicht identifizieren konnte, bestattet wurden.

Einen besonders hohen Stellenwert hat die Gedenkstätte für Luxemburg. Aufgrund der räumlichen Nähe wurden viele Widerstandskämpfer aus diesem kleinen Land in Hinzert eingesperrt und auch getötet. In einem kleinen Dokumentationszentrum, Träger ist Rheinland-Pfalz, wird die Geschichte des Lagers dargestellt, auch finden regelmäßige Führungen über das ehemalige Lagergelände statt. Diese veranstaltet ein eigener Förderverein.

Gerald Netzl ■

Web-Tipp: www.hinzert.de

Vorher - nachher

Im Statut unseres Bundes ist zu lesen: „Der beabsichtigte Vereinszweck soll erreicht werden [...] durch die Anregung zur Errichtung und Erhaltung von Gedenktafeln und Denkmälern für FreiheitskämpferInnen und Opfer des Faschismus“.

Als unsere Ottakringer Vorsitzende Julia Hinterseer-Pinter im Juni darauf hingewiesen wurde, dass die Gedenktafel zur Erinnerung an das Außen-



Dieter Preinerstorfer

Die beschmierte Gedenktafel in der Hopfengasse 12.

lager Floridsdorf II in der Hopfengasse beschmiert wurde, ging alles ganz schnell. Sie informierte Gerald Netzl darüber, dieser wiederum Dieter Preinerstorfer (Mitglied des Wiener Landesvorstandes und Bezirksrat in Floridsdorf). Noch in derselben Woche reinigten die BezirksrätInnen Preinerstorfer, Kaiser und Panzer die Tafel, die nun wieder uneingeschränkt an die Schrecknisse des KZ-Außenlagers erinnert.



Dieter Preinerstorfer

Dieter Preinerstorfer, Isabella Kaiser und Richard Panzer (v. l. n. r.), reinigten die Gedenktafel.



Rudolfine Muhr

Rudolfine „Fini“ Muhr wurde am 5. September 1900 in Wien geboren. Über ihren familiären Hintergrund ist wenig bekannt: der Vater war Hutmachergehilfe, die Mutter soll vielen Berichten zufolge die Arbeiter-Zeitung kolportiert haben.

Das kluge und aufgeweckte Mädchen besuchte die Volks- und Bürgerschule und begann später eine Lehre als Metallarbeiterin und engagierte sich im Betrieb gewerkschaftlich. Schon in jungen Jahren trat sie der Partei bei. Zu ihren politischen Vorbildern zählten Otto Bauer, Adelheid Popp und Käthe Leichter, die Gründerin des Frauenreferates der Wiener Arbeiterkammer. Als Mitglied des Netzwerkes Käthe Leichters konnte sie ihre Erfahrungen aus der Berufswelt von Metallarbeiterinnen in die Studien über Frauenarbeit in Österreich einbringen und sprach darüber auch im Radio.

Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Februar 1934 setzte Muhr ihr Engagement in der illegalen Gewerkschaftsbewegung und bei den Revolutionären Sozialisten fort. Mit Wilhelmine Moik und Frieda Nödl war sie im Rahmen der Sozialistischen Arbeiterhilfe (SAH) tätig. Ziel war es, jene Genoss:innen und deren Familien zu unterstützen, die aufgrund politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeiten in finanzielle Not geraten sind. Zudem war sie in der „Zentralkommission der Revolutionären Freien Gewerkschaften“ mit Schwerpunkt auf die Betriebszellen im 13., 14. und 15. Wiener Gemeindebezirk tätig. Ihre Solidarität war zudem für viele auch eine wichtige psychische Unterstützung, die im Widerstand gegen den Austrofaschismus vielfach den Verlust des Arbeitsplatzes, oft auch Haftstrafen (wie auch sie selbst) riskierten.

Über diese Zeit, aber auch über Zeit nach 1938 gibt es von Fini Muhr zahlreiche autobiografische Texte. Eine besondere Freundschaft verband sie mit Rosa Jochmann, die wie sie seit den Jugendjahren gewerkschaftlich und politisch tätig war und die aus eigener Erfahrung wusste, was es bedeutete, immer wieder verfolgt und inhaftiert zu sein. Im April 1940 wurde Muhr aus der Haft entlassen und musste entgegen ihrem Willen in der Rüstungsindustrie in einem Metallbetrieb arbeiten. Wenig später fand sie eine Arbeitsstelle bei der Nordbahn, wo sich ihr bald wieder Möglichkeiten boten, den Widerstand gegen das NS-Regime fortzusetzen. Dazu zählte das Beschaffen von persönlichen Dokumenten, die Sammlung und Zusendung von Lebensmitteln und Kleidung an inhaftierte Genoss:innen in Gefängnisse und Konzentrationslager und vieles andere mehr. Oft waren es nur Kleinigkeiten, doch war die Bedeutung für das Überleben und die Zuversicht auf den kommenden „neuen Frühling“ überlebenswichtig.

Besondere Tatkraft und Mut bewies Rudolfine Muhr im Sommer 1945 als sie und Rosa Jochmann in Wien in einen mit Proviant bepäckten Transporter stiegen, um in Begleitung eines sowjetischen Offiziers die noch im befreiten Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verbliebenen Österreicherinnen nach Österreich zurückzuholen.

Nach Kriegsende war Muhr bei der österreichischen Eisenbahn tätig und zählte zu den Gründungsmitgliedern der SPÖ im Wiener Gemeindebezirk Hietzing. Im Dezember 1945 zog sie in den Wiener Landtag und Gemeinderat ein (bis Dezember 1949). Von 1959 bis 1963 war sie Frauenzentalsekretärin der SPÖ und bis 1968 Mitglied des Bundesfrauenkomitees, sie gehörte dem Bundesvorstand des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus seit dessen Gründung an. Zudem gehörte Rudolfine Muhr vom Dezember 1949 bis Juni 1969 dem österreichischen Bundesrat an. Sozial- und familienpolitische Themen, wie etwa das Mutterschutzgesetz (1957), das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz/ASVG (1955/56) und die Opferfürsorge zählten zu ihren Schwerpunkten. Hervorzuheben an dieser Stelle sei noch ihr Engagement für die 1947 gegründete Volkshilfe, war sie doch auch dort eines der Gründungsmitglieder.



VGA Wien

Rudolfine „Fini“ Muhr bleibt unvergessen. Eine ausführliche Biografie steht im Buch „Ins Rampenlicht“ (siehe „Kämpfer“ 4/2025 S. 17).

Menschen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen zählte auch nach 1945 zu ihren Herzensanliegen, wofür sie auch zahlreiche Auszeichnungen erhielt. Sie starb am 26. Oktober 1984 in Wien. Ihre letzte Ruhestätte befindet sich bei der Feuerhalle Simmering (Abt. MRG, Nr. 74). Im öffentlichen Raum wird ihrer durch die Benennung des Rudolfine-Muhr-Hofes in der Volksgasse 1-13 gedacht und an einem Wohnblock in der Elisabethallee 22 erinnert eine Gedenktafel an Rudolfine Muhr, beide im 13. Wiener Gemeindebezirk.

Es sei „richtig und begrüßenswert, dass auch Rudolfine Muhr“ in die Publikation „Ins Rampenlicht“ ein Beitrag gewidmet, schreibt Bundespräsident a. D. Heinz Fischer in seinen persönlichen Bemerkungen über Rudolfine Muhr, sei sie doch „zeitlebens [...] im Schatten von Rosa Jochmann“ gestanden.

Sabine Lichtenberger ■



Peter Strasser

Peter Strasser (1917–1962) wurde schon 1929 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, kämpfte während des Austrofaschismus in der Illegalität, emigrierte nach der Besetzung Österreichs nach Frankreich, war 1945 Gründungsmitglied der Sozialistischen Jugend, von 1948 bis 1954 Vorsitzender der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend IUSY, Abgeordneter zum Nationalrat von 1949 bis 1962, Mitglied der österreichischen Delegation des Europarates ab 1956, 1961 Vertreter Österreichs bei der UNO-Vollversammlung sowie jahrzehntelang Mitglied der Wiener SPÖ Alsergrund.

Strasser lebte die Werte des Roten Wien: jugendlicher Elan, bescheidener Lebensstil, Verzicht auf Alkohol und Nikotin, internationale Solidarität und Interesse an Kultur, speziell an Literatur. Sein Vater war Redakteur der Arbeiter-Zeitung und er selbst engagierte sich früh in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Als Leiter der Wiener Organisation der Revolutionären Sozialistischen Jugend organisierte Strasser im Austrofaschismus illegale spontane Kundgebungen, Verteilen von Flugzetteln und Anbringen von Plakaten. Dabei lernte er seine erste Frau Jenny kennen.

Mit ihr emigrierte er nach Frankreich und lebte dort im Untergrund, bis er mit seiner Familie nach Nazideutschland abgeschoben wurde. Bis Kriegsende musste er als Techniker Zwangsarbeit leisten. Insgesamt verbrachte er zwischen 1934 und 1945 neunzehn Monate in Haft.

Als noch vor Kriegsende die Sozialistische Jugend wieder gegründet wurde, war Strasser dabei. Als brillanter Redner brachte er gemeinsam mit seiner Frau Jenny viele junge Menschen zur Sozialdemokratie. Durch seine konsequente Haltung wurde der kommunistische Vorschlag zur Bildung einer einheitlichen überparteilichen Jugendorganisation (FÖJ - Freie Österreichische Jugend) - die unter den damaligen Umständen natürlich KP-dominiert gewesen wäre - von der SPÖ abgelehnt. 1949 wurde er zum damals jüngsten Abgeordneten zum Nationalrat gewählt. Zu dieser Zeit verurteilte er die Machtübernahme der Kommunisten in den späteren Ostblockstaaten, denn er war ein entschiedener Gegner des diktatorischen Sowjetkommunismus.

1948 wurde Strasser Vorsitzender der IUSY (International Union of Socialist Youth) und betrat damit die Bühne der Weltpolitik. Mit einer IUSY-Delegation bereiste er Indien und schilderte als Journalist seine Eindrücke in einer Artikelserie in der Arbeiter-Zeitung. Der Kampf der Völker des Südens gegen ihre europäischen Kolonialherren wurde auch der seine. Er unterstützte Befreiungsbewegungen, zum Beispiel in Algerien und in Kamerun.

Im Nationalrat nahm Strasser seine Funktion als Volksvertreter sehr ernst. Das Elend im Nachkriegsösterreich war groß. Viele Menschen brauchten eine Wohnung, eine Arbeitsstelle, in Österreich Gestrandete wollten die österreichische Staatsbürgerschaft, NS-Opfer, Kriegsversehrte und Soldatenwitwen brauchten eine Rente. In diesen und anderen Fällen intervenierte Peter Strasser bei Ämtern, Behörden und bei der sowjetischen Besatzungsmacht.

Im Nationalrat war er Mitglied mehrerer Ausschüsse, vor allem Außenpolitik, Justiz, Landesverteidigung und soziale Verwaltung. Als das Bundesheer gegründet wurde, warnte Strasser vor sinnlosen Schikanen und demütigenden Dienstvorschriften beim neuen Heer. Er prangerte das Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung an, denn durch die Fortschritte der Medizin stiegen die Behandlungskosten, diese konnten durch die Beiträge der Versicherten nicht mehr abgedeckt werden.

Strafrecht und Strafvollzugsrecht mussten nach hundert Jahren endlich der neuen Zeit angepasst werden. Dazu hielt Peter Strasser im Parlament eine pointierte Rede: „Unsere Gefängnisse dürfen nicht länger Hochschulen des Verbrechens sein“.

Reformiert werden musste auch das veraltete Straßenpolizeigesetz. Jährlich verloren 2.000 Menschen ihr Leben im Straßenverkehr, häufig durch alkoholisierte Kfz-Lenker. Denn gegen Trunkenheit am Steuer gab es keine rechtliche Handhabe. Dagegen kämpfte Peter Strasser nicht nur im Na-



Mehr über Peter Strasser steht im Buch „Ins Rampenlicht“, Mandelbaum Verlag 2025 sowie in der Dokumentation „Peter und Marie Strasser“, Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung 2020 (€ 10,00).

tionalrat, sondern auch mit Reden und Zeitungsartikeln. Damit hatte er Erfolg: Mit der Straßenverkehrsordnung 1960 wurde ein Grenzwert von 0,8 Promille Alkohol im Blut eingeführt.

Im Oktober 1956 hielt sich Strasser in Ungarn auf, um als Journalist über den Aufstand gegen die Sowjetmacht zu berichten. Dabei lernte er Marie Potoczky kennen. Sie war gerade nach langer Haft aus einem stalinistischen Zuchthaus entlassen worden. Durch Peter Strassers Hilfe kam sie nach Österreich und wurde seine zweite Ehefrau.

Die SPÖ plante, dass Peter Strasser Nachfolger von Bruno Pittermann als Parteiboss werden sollte. Doch dazu kam es nicht. Bereits 1959 war bei ihm Leukämie diagnostiziert worden. Im Juni 1962 ist Peter Strasser verstorben. Im 3. Bezirk erinnert eine Wohnhausanlage an ihn, im 9. Bezirk eine Gedenktafel an seinem ehemaligen Wohnhaus.



25 Jahre Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Das ÖÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus wurde 2001 im Bildungshaus Schloss Puchberg in Wels von 26 politischen, kirchlichen, kulturellen und humanitären Organisationen gegründet. Seither hat es sich als Erfolgsmodell erwiesen. Mittlerweile gehören dem Netzwerk 100 Organisationen an, darunter die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, die Katholische Aktion, die Volkshilfe, Pax Christi, die Gewerkschaftsjugend, SOS Menschenrechte, die Kinderfreunde, das Museum Arbeitswelt Steyr und die Omas gegen Rechts. Zuletzt ist die Hochschüler:innenschaft der Johannes-Kepler-Universität Linz beigetreten: Sie vertritt 27.000 Studierende.

Das Netzwerk engagiert sich für Demokratie und Menschenrechte sowie gegen alle Formen von Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Es arbeitet dabei eng mit dem Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) zusammen. Aber auch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, „Stoppt die Rechten“ und SOS Mitmensch sind wichtige Partner.

Das Netzwerk sorgt durch einen Newsletter für die laufende Information seiner Mitgliedsorganisationen. Fast neunhundertmal ist dieser Newsletter schon erschienen – Sonderausgaben nicht gerechnet. Inhaltlich thematisiert das Netzwerk antifaschistische Anliegen wie die wirksame Bekämpfung rechtsextremer Straftaten oder die Entfernung von „braunen Flecken“. Mit diesen Forderungen tritt das Netzwerk immer wieder an Politik, Behörden und Medien heran. Dabei findet es nicht nur ein bundesweites, sondern oft auch ein internationales Medienecho: Unter anderem haben NBC, ZDF, Süddeutsche Zeitung, taz, Neue Zürcher Zeitung, Mladina (Slowenien) und Luxemburger Wort berichtet.

Große internationale Aufmerksamkeit hat auch die vom Netzwerk 2012 erreichte Auffassung des Grabes der Hitler-Eltern in Leonding erregt. Das Grab war von Neonazis laufend als Pilgerstätte missbraucht worden. In jüngster Zeit ist an Erfolgen die Umbenennung NS-belasteter Straßennamen in Braunau zu verzeichnen, die verhinderte Verlegung eines KZ-Mahnmals in Laakirchen und die Initiative für



Gründung des Netzwerks am 22. September 2001: Netzwerk-Sprecher Robert Eiter (r.) und der damalige Direktor des Bildungshauses Schloss Puchberg, Wilhelm Achleitner (l.).

zwei grundlegende Rechtsgutachten – zur Entfernung von „Spuren des Nazismus“ (Markus Vašek) und zum antifaschistischen Verfassungsauftrag (Heinz Mayer).

Zweimal jährlich gibt es Kleine Netzwerk-Treffen in Linz und einmal jährlich ein Großes Netzwerk-Treffen im Bildungshaus Schloss Puchberg in Wels. An letzterem nehmen immer Personen und Organisationen aus mehreren österrei-

chischen Bundesländern sowie aus Bayern teil.

Heuer wird beim Großen Netzwerk-Treffen am 10. Oktober das 25-Jahre-Jubiläum gefeiert. Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner und MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi zählen zu den Ehrengästen. Alle Antifaschist:innen sind herzlich willkommen!

Robert Eiter ■

„Schaltstelle des Terrors“ – ein Ausstellungsbesuch der Meidlinger FreiheitskämpferInnen

„Schaltstelle des Terrors“ ist eine Ausstellung der AK, in der die Geschichte der Adresse des heutigen Sitzes der AK, in der Prinz-Eugen-Straße 20-22 im 4. Bezirk, aufgearbeitet wird. Im ehemaligen Palais Rothschild befand sich ab 1938 die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“. Unter Adolf Eichmann wurde von hier zunächst die Vertreibung und in der Folge die Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Todeslager organisiert. Die Ausstellung kann kein Gedenkort, sehr wohl aber ein Erinnerungs- und Lernort sein, zeigt sie doch die Seite der TäterInnen. Auch räumlich-gestalterisch sind Opfer und TäterInnen klar getrennt. Von Bedeutung ist diese Ausstellung, da sie als eine der wenigen die TäterInnen zeigt und aufgrund ihrer künstlerischen Umsetzung durch Arye Wachsmut als sehr gelungenes Gesamtkunstwerk betrachtet werden kann. Gezeigt werden 30 ausgewählte Biografien von TäterInnen, Informationen über die „Zentralstelle“ und über 100 historische Fotos. Die historische Dokumentation (= Katalog) zur Ausstellung ist im Böhlau-Verlag erschienen. Walter Schuster ■

Web-Tipp: <https://wien.arbeiterkammer.at/ueberuns/geschichte/ausstellung/Schaltstelle-des-Terrors.html>



Unsere Meidlinger Genossinnen und Genossen besuchten die Ausstellung „Schaltstelle des Terrors“.

Was wir nicht denken können, können wir nicht erschaffen

Unter dem Titel „Wie digitaler Hass und Gewalt die Gesellschaft spalten“ wurden am 8. Juni 2026 die Entwicklungen im digitalen Raum besprochen. Moderiert von Kira Binderlehner näherten sich Edith Meinhart (Autorin, Journalistin), Fabian Reicher (Autor, Jugendsozialarbeiter) und Marina Hanke (Landtagsabgeordnete) dem Thema an.

Schnell, grell und polarisiert

Das Podium findet klare Worte für die Dynamik auf Social Media: schnelle, grelle, von Algorithmen kuratierte Räume, deren Ziel es ist, Nutzer*innen vom Weiterscrollen abzuhalten. Rechte AkteurInnen haben diese Logik längst verstanden. Sie verschieben Diskurse und werben FollowerInnen. Ob Manosphere, TikTok-Priester oder Tradwives – all diese Beispiele untergraben demokratische Errungenschaften und das gesellschaftliche Miteinander.

Die Muster ähneln sich: Gruppen und Meinungen werden gegeneinander ausgespielt, Menschen auf wenige Merkmale reduziert, verachtet, dämonisiert und entwertet. All das geschieht nicht losgelöst von der analogen Welt, sondern wird über Social Media hinaus befeuert.

Strukturelle Herausforderungen

Immer mehr AkteurInnen, auch klassische Medien, übernehmen diese schnellen, grellen, polarisierenden Muster, die von Algorithmen belohnt werden. So entsteht eine toxische Öffentlichkeit, in der sich neue Formen der Gewalt gegen Frauen und viele andere Menschen eröffnen. Während sich auf Social Media Hetze und Ausgrenzung breitmachen, zieht sich eine große Mehrheit mit einem Gefühl der Ohnmacht zurück. Die Demokratie verliert, denn die Breite des politischen Spektrums wird nicht abgebildet – und das an einem Ort, an dem viele Jugendliche erstmals mit Politik in Berührung kommen.



Viktoria Posch/Wiener SPÖ Frauen

V. l. n. r.: Marina Hanke, Kira Binderlehner, Edith Meinhart, Fabian Reicher in den Räumlichkeiten des ega: frauen im zentrum.

Die Community, die uns versprochen wurde

Social Media muss mehr sein: ein Ort, der Menschen und Gruppen direkt zu erreichen ermöglicht, Communities entstehen lässt und Raum für Themen schafft, die im Mainstream keinen Platz finden. Ein Ort des Wissensaustauschs, an dem Widersprüche ausgehandelt und ausgehalten werden. Social Media kann Empathie statt Spaltung fördern und Einblicke in andere Realitäten ermöglichen.

digital und analog gestärkt werden kann, wo sie geschwächt wird und wer aktuell von demokratischen Prozessen ausgeschlossen wird.

Politische AkteurInnen müssen Rahmenbedingungen gestalten, um Handlungsspielräume in dieser Schnelldigkeit zurückzugewinnen – weg von einer individualisierten Welt, hin zu gemeinsamer, geteilter Verantwortung mit mehr gegenseitigem Verständnis. Es braucht politische Mehrheiten für Plattformregulierung oder transparente Algorithmen, um Demokratie auf Social Media zu stärken. Dafür müssen wir gemeinsam arbeiten und aushandeln, was Menschen beschäftigt – in möglichst vielen Räumen.

Von der Polarisierung zum Austausch

Die Herausforderungen von Social Media dürfen nicht getrennt von der analogen Welt betrachtet werden. Zentral ist, wie Demokratie

Kira Binderlehner und Marina Hanke ■

Sinti und Roma-Gedenken

Mit einer Kranzniederlegung im Äußeren Burgtor gedachte das Parlament den Opfern des NS-Völkermords an Roma und Sinti. In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau 4.300 Roma und Romnja sowie Sinti und Sintizze von der SS ermordet. An die 500.000 Personen aus dieser Volksgruppe wurden von den Nationalsozialisten und ihren Verbündeten in Europa systematisch getötet. In einigen Ländern fielen über 80 Prozent von ihnen dem Völkermord zum Opfer. Auch Österreich hat diesen Gedenktag anerkannt. Im Jänner 2023 beschloss der Nationalrat einstimmig, den 2. August auch als Nationalen Gedenktag für die im Holocaust verfolgten und ermordeten Roma und Romnja sowie Sinti und Sintizze einzurichten. Beim diesjährigen Gedenken waren VertreterInnen der Opferverbände anwesend.



Parlamentsdirektion / Bernadette Sattler-Remling

Andreas Sarközi, Emmerich Gärtner-Horvath, Christine Schwarz-Fuchs (Präsidentin BR), Peter Haubner (2. NR-Präsident) und Doris Bures (3. NR-Präsidentin) bei der Kranzniederlegung am 31. Juli.



Nationale Gedenkstätten in den Niederlanden

Im Frühjahr fuhr ich in die Benelux-Länder, um dort Museen und Gedenkstätten aufzusuchen, die an die NS-Verbrechen in dieser Region erinnern. Ich kenne, wir kennen, Gedenkstätten und Museen in Österreich, in Deutschland und oft auch in Polen. Westeuropa ist in unserem Bewusstsein vergleichsweise schwach vorhanden. Ja, einzelne Namen hat man natürlich schon gelesen oder gehört, aber oft gibt es noch große Wissensdefizite. Die sollten durch meine Reise verkleinert werden, das neue bzw. erweiterte Wissen teile ich mit den Leserinnen und Lesern des „Kämpfers“.

Nationale Gedenkstätte Kamp Vught

Die Kleinstadt Vught liegt etwa 3,5 km südlich der Provinzhauptstadt 's-Hertogenbosch. Dort, im Süden der Niederlande, befand sich ab 1942 das einzige SS-Konzentrationslager außerhalb Nazi-Deutschlands. Seine offizielle Bezeichnung war Konzentrationslager Herzogenbusch, in den Niederlanden spricht man vom Kamp Vught. Besonders perfide: Die Errichtungskosten von fünfzehn Millionen Gulden (ca. 136 Mio. Euro) mussten die Juden der Niederlande tragen. Wie überall im NS-Machtbereich war die Plünderung jüdischen Eigentums ein wesentliches Mittel, um die Menschen zu isolieren und auszugrenzen. Obwohl es formal ein „richtiges“ KZ war, gab es im Lager selbst vergleichsweise niedrige Opferzahlen. Die Häftlinge mussten Zwangsarbeit leisten und auch das Lager selbst am Laufen halten. Darüber hinaus wurden sie zunehmend von der deutschen Kriegsindustrie beschäftigt. Eine wichtige Werkstatt im Lager war das „Philips-Kommando“, das Anfang 1943 gegründet wurde. Unter dem Druck der Besatzer setzte die Firma Philips aus Eindhoven Häftlinge zur Arbeit ein. Sie mussten Radios löten und Dynamotaschenlampen fertigen. Außerdem gab es einen Flugzeugschrottplatz und Arbeiten außerhalb des Lagers.

Die Gefangenen kamen aus Dutzenden von Ländern, hauptsächlich aus den Niederlanden, aber auch Deutschland, Belgien, Frankreich, Norwegen, Surinam, Marokko, Polen oder Niederländisch-Ostindien.

Die 12.000 Juden, die zeitweise dort interniert waren, erwartete nach Vught ein grausamer Tod. So wurden am 6. und 7. Juni 1943 insgesamt 3.014 Menschen, darunter fast 1.300 jüdische Kinder im Alter von null bis sechzehn Jahren, auf Transport geschickt. Drei Tage später wurden sie fast alle im Vernichtungslager Sobibor im besetzten Polen ermordet, ein oder beide Elternteil/e und die Kinder. Ein eigenes Denkmal in der Gedenkstätte erinnert daran.

Nach der Invasion der Alliierten Anfang Juni 1944 gab Berlin den Befehl: Verdächtige Gefangene können ohne Gerichtsverfahren hingerichtet werden. SS-Männer erschossen in etwa drei



Das Denkmal der Kinder in der Gedenkstätte Vught aus dem Jahr 1999.

Monaten 329 Männer auf der Hinrichtungsstätte außerhalb des Lagers. Tausende andere Gefangene wurden kurz vor der Befreiung nach Deutschland transportiert. Schließlich wurden viele von ihnen dort getötet. Anfang September 1944 fanden die letzten Transporte statt. Als die alliierten Soldaten das KZ im Oktober 1944 erreichten, war es ruhig und leer. In der Dauerausstellung „Kamp Vught: Sieben Jahreszeiten und 32.000 Geschichten“ kann man die Vergangenheit anhand vieler persönlicher Erzählungen und Gegenstände nachvollziehen.

Das Bunkerdrama

Gewalt war in Kamp Vught immer präsent, sie war Teil des KZ-Systems. Das Wachpersonal nutzte seine Macht, um Gefangene zu bestrafen, zu misshandeln und zu demütigen. In der Nacht vom 15. auf den 16. Jänner 1944 ereignete sich das später sogenannte „Bunkerdrama“. In einer der Frauenbaracken des KZ gab es eine Frau, die andere Frauen an die Lagerkommandantur

verriet, weil sie sich dafür Hafterleichterungen erhoffte. Nach ihrer Enttarnung entschlossen sich die Frauen der Baracke, die Verräterin zu bestrafen. Zwei Frauen schnitten ihr die Haare ab. Am nächsten Tag beschwerte sich die Verräterin bei der Lagerkommandantur darüber, woraufhin eine der beiden in Einzelhaft gebracht wurde. Die anderen Frauen berieten sich und übergaben schließlich der Lagerleitung eine Liste mit 89 Namen von Frauen, die ihre Solidarität erklärten. Daraufhin beschloss der Lagerkommandant Adam Grünewald, die Frauen zur Strafe in einer einzigen Zelle (Zelle 115) zusammenzupferchen. Am 15. Jänner 1944 pressten SS-Männer 74 Insassinnen in eine 9,5 m² große Zelle. Die restlichen 17 Frauen wurden in eine zweite Zelle gesperrt, mit gleicher Grundfläche. Beide Räume verfügten kaum über Ventilation. Die Frauen in Zelle 115 warfen schließlich ein kleines Fenster ein, aber da vor dem Fenster eine Verdunkelung angebracht war, half ihnen das kaum. Als am 16. Jänner die Zellentür 115 geöffnet wurde, waren zehn Frauen erstickt.



Nationale Gedenkstätte Lager Amersfoort

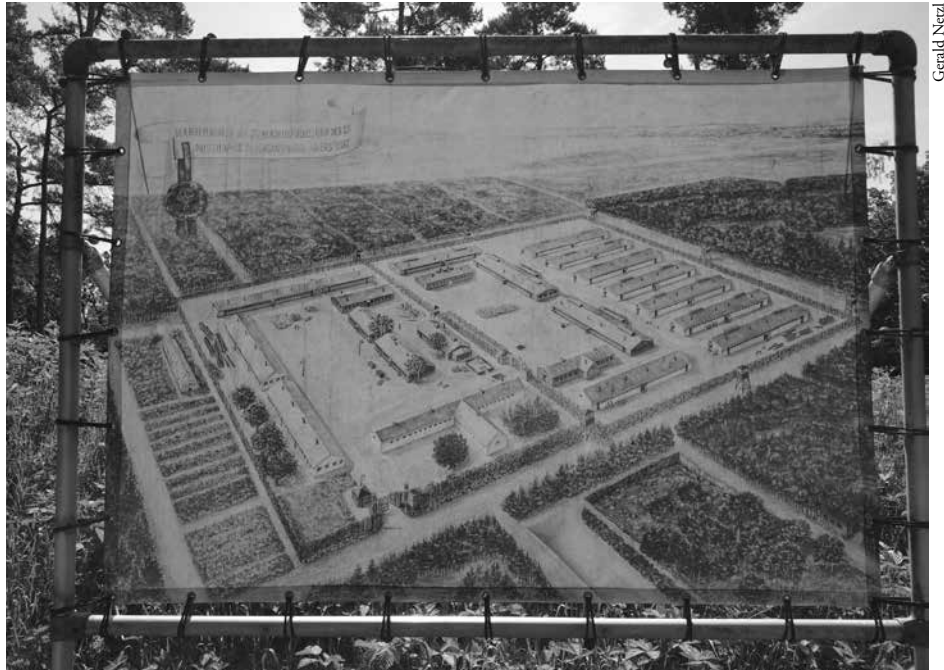
Auf dem historischen Gelände des Polizeilichen Durchgangslagers Amersfoort wird die Erinnerung an rund 47.000 Gefangene wachgehalten, von den historischen Gebäuden ist nichts erhalten geblieben. Im unterirdischen Museum und im rekonstruierten Innenhof erfahren BesucherInnen mithilfe eines Audioguides (NL/Eng) mehr über die Geschichte des Lagers. Zehn Gefangenengruppen und zehn Biografien von Gefangenen und Wärtern werden vorgestellt. In Videointerviews berichten ehemalige Gefangene über ihr Leben im Lager.

1939 errichtete das niederländische Militär auf dem Gelände eine Kaserne. Diese wurde bald nach dem Sieg der Deutschen im Mai 1940 von der Wehrmacht übernommen. Ein knappes Jahr später zog das Militär aus, die Baracken dienten dann als Polizeiliches Durchgangslager. Es gab einen SS-Bereich und ein Häftlingslager, das mit Stacheldraht und Wachtürmen, die mit MG und Scheinwerfern ausgerüstet waren, gesichert war. Die Häftlinge wurden zur Rodung des Waldes sowie zu Sägearbeiten im Umkreis des Lagers eingesetzt. Viele jüdische Gefangene wurden weiter in das KZ Mauthausen, in die Arbeitserziehungslager nach Essen zu den Hermann Göring Werken und in andere KZs nach Deutschland weiter transportiert. Amersfoort war zugleich auch Hinrichtungsort. Bis zur Übergabe des Lagers an das niederländische Rote Kreuz am 20. April 1945 wurden 32.500 Männer eingewiesen. Zeitweilig diente das Lager auch als „Auffanglager“ für inhaftierte Frauen und Kinder mit amerikanischer Staatsangehörigkeit.

Salomon „Monne“ Rodrigues de Miranda

war ein niederländischer Gewerkschafter und Kommunalpolitiker der Sociaal Democratische Arbeiders Partij (SDAP). Er war sephardischer Abkunft und wuchs in der Amsterdamer Jodenbuurt auf. Im Alter von elf Jahren (1886) begann er auf Anordnung seines Vaters eine Ausbildung als Diamantenschleifer, obwohl er selbst gerne weiter die Schule besucht hätte. Nach Abschluss seiner Lehre gehörte de Miranda zu den rund 10.000 Diamantenschleifern in Amsterdam, von denen 7.000 jüdischer Herkunft waren. Obwohl Diamantenschleifer von Verdienst und Prestige her in der Arbeiterschaft hoch angesiedelt waren, waren dennoch die Arbeitsbedingungen und die Absicherung der Arbeiter bei Unfällen „miserabel“ in Relation zu den hohen Gewinnen der Unternehmer. 1894 kam es zu einem Streik, bei dem ein Mindestlohn gefordert wurde; die Forderung wurde nach einem Tag erfüllt.

Aus dieser Erfahrung heraus erfolgte noch im selben Jahr die Gründung des Allgemeinen Nederlandsche Diamantbewerksbonds (ANDB), der ersten modernen Gewerkschaft der Niederlande, in der zudem jüdische und christliche Arbeiter



Gerald Nezel

Zeichnung des Lagers Amersfoort, die ein Häftling für die SS anfertigen musste.

gemeinsam organisiert waren. Monne de Miranda wurde Mitglied der ANDB wie auch der SDAP und emanzipierte sich von seinem jüdischen Glauben. 1911 wurde er in den Amsterdamer Gemeinderat gewählt, dem er mit kurzen Unterbrechungen bis 1939 angehörte. Im Juli 1942 wurde de Miranda verhaftet und im Oktober darauf in das Lager Amersfoort gebracht. Der 67-jährige - ein kleiner, zierlicher Mann - wurde zur körperlich besonders schweren Arbeit im Judenkommando eingeteilt. Dabei wurde ununterbrochen auf ihn eingeschlagen. Schon nach wenigen Tagen brach er zusammen. Im Waschraum wurde er solange mit kaltem Wasser abgespritzt, bis er in der Nacht zum 3. November 1942 starb.

Westerbork

Die Erinnerung an das Polizeiliche Judendurchgangslager Westerbork, im Norden der Niederlande gelegen, ist räumlich zweigeteilt: Es gibt das ehemalige Lagergelände und ein Erinnerungszentrum.

Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg wurde das „Zentrale Flüchtlingslager Westerbork“ von den niederländischen Behörden in der Provinz Drenthe erbaut, um die große Zahl jüdischer Flüchtlinge, insbesondere aus Deutschland und Österreich, aufzufangen. Die damalige niederländische Regierung hatte, vorgeblich um die Freundschaft zu Deutschland zu bewahren, die Grenzen am 15. Dezember 1938 für Flüchtlinge geschlossen und stempelte sie so zu unerwünschten AusländerInnen, die keinesfalls integriert werden sollten. Die Flüchtlinge sollten in einem Lager, dessen Errichtung im Februar 1939 beschlossen wurde, zentral aufgefangen werden.

Am 9. Oktober 1939 kamen die ersten 22 jüdischen Internierten aus einer Gruppe von mehr als 900 deutschen Juden an, die vergeb-

lich versucht hatten, mit dem Schiff St. Louis von Hamburg nach Kuba zu fliehen. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht am 10. Mai 1940 wurde Kamp Westerbork im Rahmen der Besatzungspolitik weiter genutzt. Das gesamte Gelände wurde mit einem zwei Meter hohen Stacheldrahtzaun, einem Graben und sieben Wachtürmen umgeben.

Soweit sie sich meldeten oder festgenommen wurden, kamen alle in die Niederlande geflohenen jüdischen Deutschen und Österreicher hierher in Haft. Danach die niederländischen Juden. Am 1. Juli 1942 wurde aus dem bisher niederländisch verwalteten Zentralen Flüchtlingslager Westerbork offiziell das „polizeiliche Judendurchgangslager Kamp Westerbork“ unter direkter deutscher Verwaltung. Am 15. Juli begannen die Deportationen aus den gesamten Niederlanden ins Durchgangslager Westerbork, wo die SS fast alle Transporte zusammenstellte, und von dort weiter in die Vernichtungslager. Die deutschen Besatzer praktizierten wie im Lager Amersfoort eine wohl einmalige Täuschung der Lagerinsassen: Mit einer Schule, einem Krankenhaus, einem Waisenhaus, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen, der Abwesenheit von Terror und Gewalt wurde eine allzu trügerische Hoffnung erweckt. Die meisten Opfer waren nur wenige Tage im Lager Westerbork, wo 751 Menschen starben. Jeden Dienstag fuhr ein Zug aus Westerbork „nach Osten“, überwiegend in die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und Sobibór. Die Fahrt dauerte zumeist drei Tage. Insgesamt wurden von 1942 bis 1944 245 Sinti und Roma und mehr als 107.000 Juden aus den Niederlanden per Zug deportiert. Nur etwa 5.000 von ihnen überlebten und konnten zurückkehren. Der letzte Deportationszug nach Auschwitz fuhr am 3. September 1944 ab. Am 12. April 1945 wurde Westerbork von kanadi-



Gerald Netzl

zuerst die Dauerausstellung und danach das ehemalige Lagergelände an oder umgekehrt. Für beides sollte man zusammen einen halben Tag einplanen.

Resümee

Zum Unterschied von Österreich, Deutschland und den meisten anderen Ländern, wo der Besuch in Gedenkstätten des NS-Terrors gratis ist, zahlt man in den Niederlanden Eintritt (Vught € 12,00, Amersfoort € 14,00, Westerbork € 13,50). Der Grund dafür ist, dass die Trägerschaft bei den Gemeinden, nicht beim niederländischen Gesamtstaat liegt. Und noch etwas: Natürlich hat es Kollaboration gegeben, auf die wird im Artikel, weil er schon sehr lange ist, nicht mehr eingegangen! Zwischen September 1944 und Dezember 1945 wurden ca. 120.000-175.000 NiederländerInnen wegen Mitgliedschaft in der NSB, wirtschaftlicher Kollaboration oder Frauen wegen sexueller Verhältnisse zu Deutschen verhaftet und interniert.

Gerald Netzl ■

Denkmal „De 102.000 Stenen“ (Die 102.000 Steine) auf dem ehemaligen Lagergelände des Kamp Westerbork.

schen Soldaten befreit. Zu diesem Zeitpunkt waren noch zirka 900 jüdische Häftlinge im Lager. Nach dem Krieg wurde das Lager noch viele Jahre von den niederländischen Behörden verwendet, um Mitglieder der Nationaal-Socialistische Beweging (NSB) und Kollaborateure ohne Prozess gefangen zu halten. In den 1960er Jahren wurden alle erhalten gebliebenen Gebäude abgerissen. Auf einem Teil des Areals stehen riesige Radioteleskope des Westerbork Synthese Radio Telescoop, das verwundert einigermaßen. Abgesehen von einigen Denkmälern (z. B. „Die 102.000 Steine“, Denkmal „Die gesprochenen

Namen“ und das „Nationaldenkmal Westerbork“) und Erläuterungsobjekten und den Teleskopen, beeindruckt und erschüttert die Leere des Ortes.

Erinnerungszentrum

Seit 1983 gibt es ein 2,5 km vom ehemaligen Lager entferntes Erinnerungszentrum (= Museum). Dort parkt man, denn zum ehemaligen Lager darf man mit dem PKW nicht zufahren. Dafür gibt es einen Shuttlebus vom Erinnerungszentrum zum ehemaligen Lager. Je nach persönlichem Wissensstand schaut man sich

Web-Tipps:

www.nmkampvught.nl
www.kampamersfoort.nl
www.kampwesterbork.al

Unwetterschäden in Mauthausen

Der Sommer 2026 brachte extreme Temperaturen und extreme Wetterereignisse. Am Freitag, dem 21. August, gingen schwere Unwetter in Mauthausen nieder. Die historische Bausubstanz an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen wurde zum Glück nur geringfügig beschädigt (gebrochene Fenster, kleinere Schäden bei Dächern etc.), allerdings hat die markante Trauerweide im Bereich des ehemaligen amerikanischen Friedhofs (SS-Fußballplatz) großen Schaden genommen. Es ist noch nicht gewiss, ob der Baum gerettet werden kann. Die Verwaltung der Gedenkstätte ist in Austausch mit entsprechenden Fachfirmen, um zu eruieren, ob ein Erhalt des Baumes möglich ist. Da der Baum mit dem dort befindlichen Denkmal ein zentrales Erinnerungszeichen an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen ist, ist es wichtig, die Leserinnen und Leser des „Kämpfers“ über diesen Schaden zu informieren.



Die markante Trauerweide im Bereich des ehemaligen amerikanischen Friedhofs hat bei einem Unwetter im August großen Schaden genommen.

Die Hölle im Moor

*„Wohin auch das Auge blicket, Moor und Heide nur ringsum.
Vogelsang uns nicht erquicket, Eichen stehen kahl und krumm.
Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor.“*

Wir lernten das Lied vor 50 Jahren in der Gewerkschaftsjugend. Dort hörte und las ich auch erstmals über den Nationalsozialismus, über das furchtbare Leid und den Widerstand. Im März 1933 wurden im preußischen Staat zur Brechung des politischen Widerstands und zur Machtabseicherung des NS-Systems eigene Konzentrationslager errichtet. Als einer der Hauptstandorte wurde das abgelegene Emsland gewählt.

Wir kommen mit unseren Rädern aus Papenburg. Im Kopf das Lied „Die Moorsoldaten“ und bei der Gedenkstätte Börgermoor steht er vor uns. Ein hölzerner Moorsoldat, der Blick in die Ferne gerichtet – doch zur Heimat steht der Sinn – die stramme Haltung als Ausdruck der Unterordnung in ein sadistisches System der SS, der schmale Körper gekennzeichnet von Hunger und Sklavenarbeit. Strammstehend mit dem Spaten, seinem Instrument der Unterdrückung und doch erhobenen Hauptes.

Um politische Gegner auszuschalten, bediente man sich des Terrorinstruments „Schutzhaft“. Kommunist:innen, Sozialdemokrat:innen, Gewerkschafter:innen waren die Ersten, die eigenmächtig von Polizei, SA, SS, oftmals von einem Nachbar denunziert, in Schutzhaft genommen wurden. Ernst Heilmann (SPD-Fraktionsvorsitzender im preußischen Landtag) und Friedrich Ebert jun. (SPD-Reichsmitglied) gehörten zu den ersten politischen Gefangenen in den Emslagern.

Vierfach ist umzäunt die Burg

Das Lager Börgermoor war das erste von insgesamt drei frühen Konzentrationslagern im Emsland. Insgesamt entstanden in den weiteren Jahren fünfzehn Lager. In allen drei frühen Konzentrationslagern terrorisierte die SS-Wachtruppe die Häftlinge. Die drei Verfasser der Widerstandshymne (Die Moorsoldaten) hielten durch und überlebten den NS-Terror. In seinem 1935 im Schweizer Exil erschienen Buch „Die Moorsoldaten“ schildert der Düsseldorfer Kommunist und Schauspieler Wolfgang Langhoff, der nach seiner Haftentlassung in die Schweiz fliehen konnte, seine Haftsergebnisse in Börgermoor, darunter die Entstehung des Liedes im August 1933. Johann Esser kam 1934 aus dem KZ frei, wurde aber in den Folgejahren mehrfach von den Nazis verhaftet. Nach dem Krieg arbeitete er wieder als Bergmann und Gewerkschafter in Moers. Der Komponist des Liedes Rudolf Goguel arbeitete nach Kriegsende als Redakteur und Politiker für die KPD Südbaden.

Eichen stehen kahl und krumm

Ein paar Kilometer weiter ist die Begräbnisstätte Esterwegen, der Friedhof Bockhorst. Die namenlosen Grabsteine stehen auf einer Grünfläche, umgeben von einer dichten Baumreihe. Die Bäume beschützen die Toten und geben dem Friedhof einen Raum des Gedenkens. Dieser „gesicherte“ Raum des Gedenkens versperrt auch den Blick von außen. Diese Anlage bietet einen emotionalen Schutzraum im Erinnern an die Leiden und Schmerzen abseits der Hektik des Alltags. Die Bäume brechen das einfallende Licht und geben der Zeit eine für mich eigene Dimension. Die „steinernen“ Gedenksteine sind das natürliche Gegenstück zum Moor, wo diese Menschen gestorben sind. Als würden sie anklagend schreien: „Uns kann das Moor nicht verschlingen!“

Ich empfinde den Friedhof als einen Raum, wo ich jetzt traurig, suchend, wütend oder einfach nur still sein kann. Ich fühle mit den Opfern und spüre einerseits die Schwere des Ortes und bin gleichzeitig froh, dass Gele-



Werner Drizhal

genheit zum historischen Lernen geschaffen wurde. Mit den Gedenktafeln und Symbolen des Mahnens wird uns als Besucher:innen der Weg zu entscheidenden Fragen geebnet – Wie konnte es dazu kommen? Wer waren die Opfer und Täter? Welche politischen Strukturen haben das ermöglicht?

In der Mitte des Friedhofs wurde ein weiterer Raum geschaffen, wo die Tragweite der Ereignisse sichtbar werden. Riesige Steinblöcke erinnern an die einzelnen Konzentrationslager hier im Emsland. Hier treffen sich meine Emotionen mit meiner gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Gewissheit, meine Gedanken und Überlegungen zu Werkzeugen des Verstehens zu formen. Und doch hat diese Abgeschlossenheit ihre Kehrseite. Zwei Tage später fuhren wir mit dem Auto daran vorbei und sahen nichts. Würde das Hinweisschild fehlen, wären die Toten eine Insel der Geschichte.

Werner Drizhal ■



Mach mit und werde aktiv mit dem „Wir sind mehr Aktionspaket“

„Wir sind mehr“, die Plattform und Online-Petition gegen Rechtsextremismus (<https://www.spoe.at/wir-sind-mehr/>), wurde von der SPÖ im August 2025 ins Leben gerufen (siehe „Kämpfer 1/2026 S. 13). Es geht darum, Kräfte zu bündeln, um gemeinsam gegen den wachsenden Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft aufzutreten und ein klares Signal zu setzen: Wir sind mehr und wir akzeptieren das nicht! Mittlerweile unterstützen mehr als 8.000 Personen die Initiative und nehmen auch am regelmäßigen kostenfreien Fortbildungsangebot, zum Beispiel an von der Initiative Mitmachen (<https://www.initiative-mitmachen.at/>), organisierten Zoom Calls mit hochkarätigen GästInnen teil.

Neuestes Angebot für die UnterstützerInnen ist das „Wir sind Mehr-Aktionspaket für AntifaschistInnen“: Es enthält einen Starterguide für die Planung von Aktivitäten im eigenen Umfeld, egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Zudem bietet es einen Argumentationsleitfaden der Friedrich-Ebert-Stiftung, um rechten Parolen zu kontern und rechte Argumente zu entkräften, sowie eine Übersicht zu Anlaufstellen bei rechtsextremen Vorfällen.

Herzstück des Starterpakets ist die Beschreibung von sechs konkreten Aktionsformaten für die Straße: Ob es darum geht, mit einer Bodenzeitung ins Gespräch zu kommen, als ZeitungsleserIn im öffentlichen Raum Aufmerksamkeit zu erzeugen oder mit in Botschaften verpackten Süßigkeiten Menschen einen Denkanstoß mitzugeben - der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt! Dank der genauen Anleitungen im Starterpaket lassen sich diese und drei weitere Ideen ganz einfach und kostengünstig von AktivistInnen umsetzen. Alle diese Aktivitäten dienen dazu, mit Menschen niederschwellig ins Gespräch zu kommen, zuzuhören, zu erfahren, was bewegt und gleichzeitig aufzuzeigen, mit welchen einfachen Mitteln wir handlungsfähig sein können. Denn das ist es, was zählt und so wichtig ist: Handlungsfähig sein, wirkmächtig bleiben und mit Haltung eintreten: für unsere Demokratie und für unsere Freiheit!



Starterpaket zu bestellen oder runterzuladen unter <https://www.spoe.at/wir-sind-mehr-mitmachen>

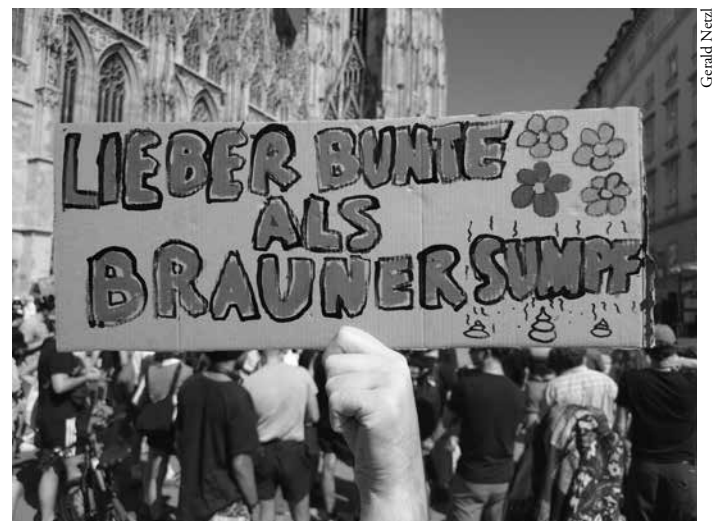
Marie Lercher ■

Keinen Fußbreit den Identitären

Am 25. Juli 2026 wollte die Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ) einen Demonstrationszug in Wien durchführen. Anknüpfend an ihre „Remigrationsdemo“ von 2025, bei der ein aus halb Europa angekarrter und dennoch mickriger Haufen antifaschistischer Blockaden ausweichen musste, wollten es die Rechten noch einmal wissen. Auch heuer galt: Wien bleibt stabil – wir werden ihnen die Straßen unserer Stadt nicht überlassen!

Seit 2012 versucht die IBÖ durch medienwirksames Auftreten und radikale Parolen als widerständige Jugendbewegung aufzutreten und die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben. Sie kämpft jedoch nicht gegen das herrschende System, sondern dafür und mit ihm. Rassistische Ideologien entstehen nicht aus dem Nichts, sondern sind eng mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verweben. Während der Kapitalismus ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen den Menschen schafft, dient der Rassismus zu deren Verschleierung und Rechtfertigung. Das Kapital profitiert von der Spaltung der Gesellschaft. Die bürgerlichen Parteien können bei aller Beteuerung von Toleranz und Diversität auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Politik dem Erhalt des Reichtums der Wenigen dient und den Rassismus nur weiter befeuert.

Eine konsequente antifaschistische Praxis ist notwendig, um reaktionäre Gruppierungen wie die IBÖ zurückzudrängen und zu zerschlagen. Am 25. Juli fanden Kundgebungen mit mehreren hundert TeilnehmerInnen am Ballhausplatz, Stephansplatz und Dr.-Karl-Lueger-Platz statt, weshalb die



Lieber bunte Blumen als brauner Sumpf!

Landespolizeidirektion Wien die Sommerdemo der Identitären zwei Tage zuvor offiziell untersagte. Gut so!

Gerald Netz

An den Rand des Abgrunds – oder direkt hinein?

Was, eigentlich, ist „rechtsextrem“? Wie „Faschismus“ ist das Wort „Rechtsextremismus“ schnell zur Hand – zu schnell vielleicht? Eine Keule gar, die dem Andersdenkenden bevorzugt dann an den Kopf geworfen wird, wenn in der Hitze des politischen Diskurses die Argumente ausgehen? Die Gefahr ist evident: Inflationärer Gebrauch vermindert die Wirksamkeit.

Da ist es gut, wenn verlässliche Literatur das Thema sachgerecht aufbereitet. Vor einigen Monaten hat der wissenschaftliche Leiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands (DÖW) Andreas Kranebitter gemeinsam mit der Historikerin Isolde Vogel und dem Politikwissenschaftler Bernhard Weidinger das „Handbuch Rechtsextremismus in Österreich“ (neu) herausgegeben. Bereits am Beginn des ersten Hauptkapitels „Grundlagen“ wird eine – selbstredend wissenschaftliche (!) – Einordnung umrissen. Rechtsextremismus umfasst zumindest die unsägliche „Trias Antiegalitarismus, Volksgemeinschaftsdenken samt Ethnozentrismus und Autoritarismus“. Je mehr (weitere) menschenfeindliche Elemente wie Antisemitismus, Rassismus, Sexismus oder Homophobie zu diesem – oft auch von Verschwörungstheorien durchsetzten – Weltbild kommen, desto geschlossener dessen rechtsextremer Charakter. Ein weiteres Unterkapitel ist der rechtsextremen Ästhetik und den rechtsextremen Symbolen gewidmet. Man möge auf dem ersten Blick erkennen, was, aus verständlichen strategisch-politischen Gründen der rechtsextremen Akteure, gar nicht erkannt werden soll. Im Trüben fischt es sich bekanntlich leichter.

Es folgt ein historischer Abriss des Phänomens „Rechtsextremismus“ in Österreich. Man kann, leider, mit Fug und Recht behaupten, dass das Land seit jeher eine unrühmliche Vorreiterrolle auf diesem höchst gefährlichen Terrain gespielt hat. Umso mehr wird die Notwendigkeit hervorgehoben, solchem Treiben entgegenzuwirken. Gesetzliche Bollwerke wie das Verbotsgesetz oder der Tatbestand der Verhetzung im Strafgesetzbuch sowie starke Institutionen der Rechtsdurchsetzung sind unverzichtbarer Teil des österreichischen – und europäischen – Gegenentwurfes zu den überwundenen diktatorischen Anmaßungen des 20. Jahrhunderts. Eine Demokratie, will sie überleben, muss wehrhaft sein.

Dies alles untermauern die Autor:innen mit sorgfältig zusammengestelltem Zahlenmaterial. Der besorgniserregende Befund? Der Rechtsextremismus ist auf dem Vormarsch. Umso unverfrorener agieren seine etablierten politischen Eliten. In Frankreich ist das der Rassemblement National, in Deutschland die AfD, in Österreich die FPÖ. Letztere wird, mit kaum zu widerlegenden Argumenten, als „im Kern rechtsextrem“ definiert. Da mag es nicht erstaunen, dass die Kreise um Herbert Kickl gegen dieses höchst notwendige Buch polemisieren – wie im Übrigen auch gegen den periodisch von der Republik in Auftrag gegebenen Rechtsextremismusbericht. Solches hat Tradition. Schon 1993 hat Jörg Haider ohne Erfolg versucht, die damalige Ausgabe des Handbuchs beschlagnahmen zu lassen.

So weit wird es diesmal nicht kommen. Und der verständige Leser darf unbehindert lesen, was in einer Demokratie geboten ist. Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seinem Vorwort: „Wer für Extreme steht, verhindert Kompromisse, verhindert damit auch den Zusammenhalt und gefährdet in weiterer Folge unser aller Sicherheit, Freiheit, Frieden und Wohlstand ... Gerade wir in Österreich wissen, wohin es führen kann, wenn wir die Grenze zum Extremen überschreiten. Nicht an den Rand des Abgrunds, sondern direkt hinein ...“

Wie wahr.



Andreas Kranebitter, Isolde Vogel, Bernhard Weidinger (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus in Österreich, Falter Verlag Wien, 2026, ISBN: 978-3-99166-021-7, 534 Seiten, € 40,00



25 Jahre Mahnmal in Riga

Während des Zweiten Weltkriegs ermordeten die Nazi-Besatzungstruppen im Wald von Bikernieki mehr Menschen als an jedem anderen Ort in Lettland. Diese Tragödie ereignete sich zwischen dem Sommer 1941 und dem Herbst 1944. Es gibt 55 Massengräber unterschiedlicher Größe. Der Bikernieki-Wald befindet sich etwa 9 km außerhalb des Stadtzentrums von Riga. Noch vor Kriegsende begann eine sowjetische Kommission mit der Erfassung und Erforschung der Nazi-Verbrechen. Man schätzt bzw. hat erforscht, dass im Bikernieki-Wald zwischen 30.000 und 46.500 Menschen ermordet wurden.

In den ersten zwei Wochen der deutschen Besatzung wurden 2.300 lettische Juden im Wald von Bikernieki ermordet. Bis zum Ende der Besatzung sollten es etwa 5.000 Juden werden. Hinzu kamen noch etwa 11.000 bis 12.000 deportierte Juden aus Deutschland, Österreich und Tschechien. Die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen, die der Sicherheitsdienst (SD) im Wald von Bikernieki umbrachte, lässt sich nicht mehr genau bestimmen. Es waren sicherlich Tausende.

Vor der Errichtung der heutigen Gedenkstätte im Jahr 2001 war die Stelle der Massengräber mit einem Gedenkstein markiert, der in den frühen 1960er Jahren errichtet wurde. Darauf stand geschrieben: „Im Bikernieki-Wald haben deutsche faschistische Invasoren 1941-1944 brutal 46.500 unschuldige Menschen getötet“. In typisch sowjetischer Manier wurde nicht erwähnt, wer die Opfer waren. In den 1980er Jahren war die Gedenkstätte in einem verwahrlosten Zustand, was die Aufmerksamkeit westlicher Medien und die Nachkommen dort Ermordeter auf sich zog, die Druck auf die Sowjetunion ausübten, die Gedenkstätte zu renovieren. Die Planungen für die neue Gedenkstätte begannen 1986, wurden jedoch 1990 durch die Unabhängigkeitsbestrebungen Lettlands unterbrochen. Auf Initiative des Wienerers Erich Herzl, dessen Eltern in Bikernieki ermordet worden waren, wurden die Planungen 1993 wiederaufgenommen. Die zweite Bauphase der Gedenkstätte dauerte von 1995 bis 2000. Wichtige finanzielle Beiträge kamen vom Österreichischen Schwarzen Kreuz, vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, von den Regierungen Österreichs, Deutschlands und Tschechiens sowie von den Mitgliedsstädten des Deutschen Riga Komitees. Das Mahnmal wurde 2001 fertig gestellt und im selben Jahr am 30. November enthüllt.



Gerald Netzl

Vor 25 Jahren wurde in der lettischen Hauptstadt Riga das Bikernieki-Mahnmal eingeweiht.

Beim Betreten der Gedenkstätte wird man von beschrifteten Tafeln empfangen, die mit einer Zeile des lettischen Dichters Ojārs Vācietis eingeleitet werden: „Möge die Erinnerung unvergänglich bleiben...“, gefolgt von einer Beschreibung des Ortes und der Gedenkstätte. Folgt man dem Weg in den Wald, gelangt man zur Hauptgedenkstätte mit den Grabstätten und dem zentralen Sarkophag. Der Sarkophag trägt eine Inschrift aus dem Buch Hiob 16,18: „O Erde, bedecke mein Blut nicht; möge mein Schrei niemals ruhen!“. Der Architekt hat die Gedenkstätte als Begräbnisstätte gemäß der jüdischen Tradition gestaltet. Wie auf jüdischen Friedhöfen legen trauernde Besucher kleine Steine neben die Schilder am Sarkophag, die die 51 Städte bezeichnen, in denen die jüdischen Opfer vor ihrer Deportation nach Riga lebten. Insgesamt gibt es 40 Gedenksäulen mit Symbolen für die Opfer – ein Kranz für die sowjetischen Kriegsgefangenen, ein Davidstern für die Juden und Kreuze für andere christliche Zivilopfer.

Gerald Netzl



Schilder (Steine) erinnern an die 51 Städte aus denen die Nazis Menschen nach Riga deportierten und im Wald von Bikernieki ermordeten.

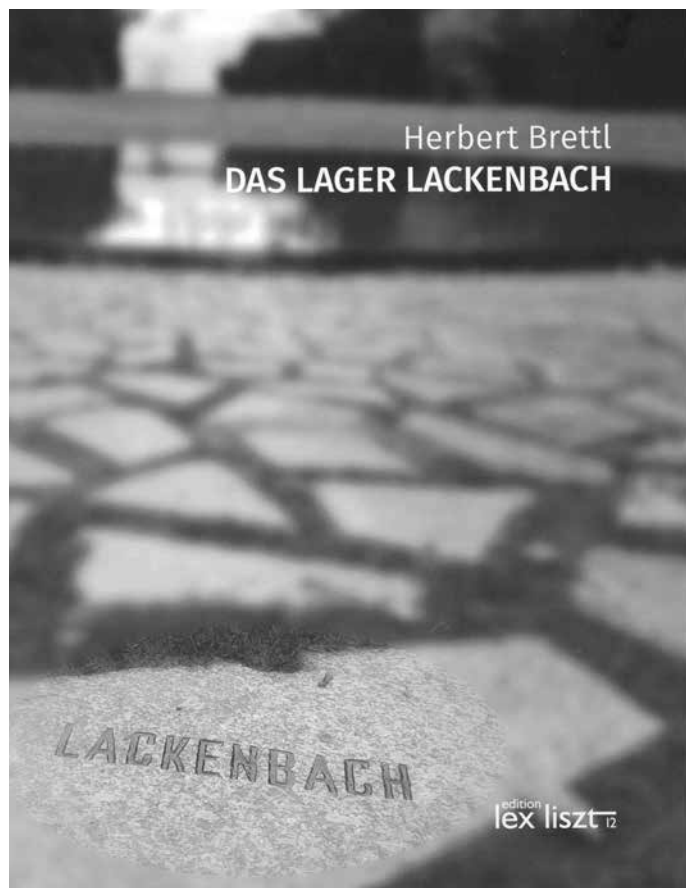
Das Lager Lackenbach

Am 23. November 1940 wurde im mittelburgenländischen Lackenbach (Bezirk Oberpullendorf) das größte Roma-Zwangsarbeitslager im Deutschen Reich eingerichtet. In den Stallungen eines ehemaligen Meierhofes wurden Roma und Sinti interniert, um einerseits Orte „zigeunerfrei“ zu machen und zum anderen arbeitsfähige Häftlinge als Zwangsarbeiter auszubeuten. Das Lager war auch Ausgangspunkt für Deportationen in Konzentrations- und Vernichtungslager und somit Teil der nationalsozialistischen Völkermordstrategie. Die Befreiung durch sowjetische Truppen erfolgte Ende März 1945. Das Lager Lackenbach wurde lange nicht als Konzentrationslager bewertet, wodurch die dort Gefangenen vielfach keine Anerkennung als Opfer des NS-Regimes erhielten.

Das profunde Werk von Herbert Brettl basiert auf umfassenden Recherchen in österreichischen, deutschen und polnischen Archiven und Bibliotheken und erschließt zudem neue Primärquellen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Wahrnehmung des Lagers in der Zivilgesellschaft und bei den Behörden sowie auf dem Nutzen der Zwangsarbeit für die regionale Wirtschaft. Die Verantwortung der Lagerleitung und der Wachmannschaft wird untersucht, ebenso wie die lange bestehende Diskriminierung von Roma und Sinti. Thematisiert werden die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen im Lager sowie die Funktion des Ortes als Stätte wissenschaftlicher Forschung. Zudem wird die Ablehnung von Opferfürsorgeanträgen nach 1945 beleuchtet, um zu zeigen, wie rassistische Vorurteile und Stereotype die Nachkriegszeit prägten.

Herbert Brettl lebt in Halbtorn im Burgenland. Studium der Geschichte und Geografie an der Universität Wien. Lehrbeauftragter an der Privaten Pädagogischen Hochschule Burgenland. Netzwerkkoordinator von *erinnern.at*. Burgenland. Autor von zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen und Bücher zur burgenländisch-westungarischen Zeitgeschichte, Kurator einer Reihe von zeithistorischen Ausstellungen.

Andreas Sarközi ■



Herbert Brettl: Das Lager Lackenbach, Edition lex liszt 12, ISBN: 978-3-99016-319-1, 297 Seiten, € 35,00

Schraubstock Nordbahnhof

Die Verbauung des Nordbahnhofareals in Wien hat in den letzten Jahren vermehrtes Interesse an diesem ehemaligen Tor Wiens in den Osten der Monarchie und später den Herrschaftsbereich des „Deutschen Reiches“ geweckt. Aus der Autorschaft von Michaela Raggam-Blesch, Dieter J. Hecht und Heidemarie Uhl (verstorben 2023) liegt mit „Der Wiener Nordbahnhof als Deportationsort“ ein Werk vor, das als natürliches Anschlussstück ihrer Arbeiten über die jüdischen Sammellager in der Leopoldstadt zu sehen ist. Dass der Nordbahnhof in der Schlussphase der Deportationen für die letzten ca. 2.000 Verfolgten vom Durchgangs- zum Ausgangsbahnhof der Vernichtungstransporte wurde, wäre für sich gesehen keine Rechtfertigung für ein eigenes Buch. Wegen der immer kleiner werdenden Einzeltransporte war der umständliche Umweg über den Aspernbahnhof

ab 1943 schlicht nicht mehr „effizient“.

Der besondere Wert des Buches liegt in der kenntnisreichen Schilderung der Schicksale jener als jüdisch klassifizierten Personen, die durch verschiedene Strategien, Notwendigkeiten oder Zufälle dem Vernichtungsprogramm in Wien am längsten hatten ausweichen können. Das wären beispielsweise die verbliebenen InsassInnen und BetreuerInnen der letzten sozialen jüdischen Einrichtungen wie Kinderheim, Spital oder Altenheimen beziehungsweise auch jene, die im Rahmen der Kultusgemeinde gezwungen waren an der Organisation der Deportationen mitzuwirken. Auch der unaufhaltsam dahinschmelzende Schutzstatus von „Mischehen“ oder Fremdstaatenzugehörigkeit wird beklemmend erfahrbar. Durch die Lupe „Nordbahnhof“ gerät aber beispielsweise auch die Verfolgung der Romnja

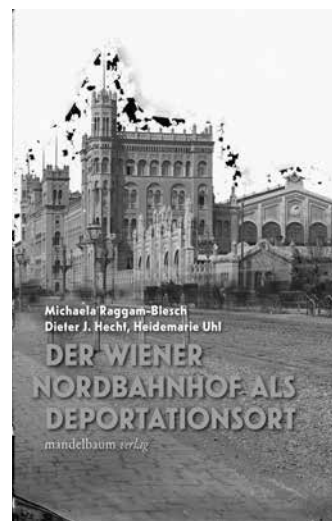
und Sintizze in den Blick.

Das Buch dokumentiert die letzten Spindeldrehungen jenes unbarmherzigen Schraubstocks, der seit März 1938 den Raum für jüdisches Leben in Wien auf buchstäblich null reduzieren sollte. Keine hundert Jahre nachdem wohl viele Vorfahren der nun (1943-1945) Deportierten auf einem Bahnsteig des Nordbahnhofs in Wien angekommen waren.

Gerhard Stanz ■

Michaela Raggam-Blesch, Dieter J. Hecht, Heidemarie Uhl: Der Wiener Nordbahnhof als Deportationsort, Mandelbaum Verlag Wien, 2026, ISBN: 978399136-114-5, 156 Seiten, € 20,00

Web-Tipp: www.zeitfenster.at/stories/Schienenfriedhof-Nordbahnhof/#Gedenkort





BMin Eva Maria Holzleitner zu Besuch im Burgenland

Im Rahmen ihrer Bundesländertour besuchte SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende Frauenministerin Eva Maria Holzleitner das Burgenland. Am Programm stand neben einem kommunalpolitischen Austausch der Besuch in Klingenbach am Gedenkstein für Widerstandskämpferin Hanna Sturm.

Erinnerung an Frauen im Widerstand

Die SPÖ Frauen hatten in Kooperation mit der Gemeinde Klingenbach anlässlich des 130. Geburtstages von Hanna Sturm diesen zentralen Gedenkort vor dem Gemeindeamt initiiert. 2022 wurde der Stein – pandemiebedingt mit einem Jahr Verspätung – enthüllt und der Widerstandskämpferin im Rahmen eines Festaktes gedacht. Nun besuchte die Frauenministerin erstmal den Gedenkort begleitet von zahlreichen Sozialdemokratinnen aus der Region. Die frühere Vorsitzende der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Burgenland Susanna Steiger-Moser übernahm die Ausführungen zum Leben von Hanna Sturm. Sie erinnerte dabei auch an Käthe Sasso, die heuer ihren 100. Geburtstag gefeiert hätte. Einen Teil ihrer Erzählungen widmete Gin. Steiger-Moser den vielen oft vergessenen Frauen des Widerstands, wie etwa Katharina Stangl aus Pötttsching. Postsendungen in Empfang zu nehmen und für die Verteilung von verbotenen Zeitungen und Flugblättern zu sorgen, waren lange Zeit wenig beachtete, aber zentrale und gefährliche Aufgaben, die Frauen im Widerstand übernahmen. „All diese Zeitzeuginnen leben nicht mehr, umso wichtiger ist es die Erinnerung an sie aufrecht zu erhalten und von den Folgen jener unmenschlichen Politik zu erzählen“, so Steiger-Moser. Angesichts der Lebensgeschichte von Hanna Sturm zeigte sich Frauenministerin Holzleitner tief beeindruckt und appellierte an alle Anwesenden: „Ihr Mut darf nicht in Vergessenheit geraten!“ Dass Erinnern und Gedenken ein Auftrag für das Handeln in der Gegenwart ist, betonte Gastgeberin SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Astrid Eisenkopf: „Es geht auch heute für uns darum, für andere einzustehen, Verantwortung zu übernehmen und sich gegen Ungerechtigkeit zu stellen.“

Gabi Tremmel-Yakali ■



V. l. n. r.: Susanna Steiger-Moser, Astrid Eisenkopf, Eva Maria Holzleitner, Frauenlandesrätin Daniela Winkler und Landesvorsitzende der FreiheitskämpferInnen Gabi Tremmel-Yakali am Gedenkstein für Hanna Sturm in Klingenbach.

Wir gratulieren zum Geburtstag: Juli bis September 2026

100: Packert Walter, Wien **98:** Vogl Helmuth, Eisenstadt; Braun Ernst, Wien **97:** Riedl Josefina, St. Kanzian **96:** Reichenpfader Stefanie, Linz **95:** Hörtnner Rosi, Ostry Gertrude, Wien **94:** Doleys Anton, Achau **93:** Ertl Johann, Göllersdorf; Icha Ferdinand, Korneuburg; Jankowitsch Peter, Wien **92:** Stern Friedrich, Innsbruck **91:** Buchta Erwin, Felixdorf; Soucek Peter, Retz; Anibas Karl, Welzl Melitta, Lee Felix, Wien **90:** Andexlinger Josef, Linz; Sparer Isidor, St. Pölten; Bauer Elisabeth, Bernthaler Anna, Schmidt Franz, Reviczky Günther-Bernhard, Pimassl Robert, Wien **85:** Freismuth Alfred, Eichgraben; Ficker Elisabeth, Eisenstadt; Puhm Georg, Hirm; Herold Roland Peter, Kaumberg; Alfanz Ferdinand, Landl; Königsberger Helmut, Mödling; Duda Manfred, Moosbrunn; Plessl Anton, Perchtoldsdorf; Valek Willfried, Wr. Neustadt; Lisy Wolf-Dietrich, Haidler Elisabeth, Riahi Susanna, Ludl Bruno, Hradil Alfred, Judmann Johann, Bernkopf Elfriede, Wien **80:** Faber Hilde, Bad Leonfelden; Buchner Leopold, Giesshübl; Plasil Walter, Link Fritz, Innsbruck; Buchinger Helga, Linz; Windbichler Hermann, Schleinz; Wicher Johann, Schwechat; Harrach Johann, Sollenau; Schleicher Claudia, Velden; Chalupsky Gertrud, Reznicek Rosemarie, Jost Helmut, Farthofer Walter, Bauer Julius, Kager Erwin, Jantschke Christine, Fetzer Franziska, Elischak Heinrich, Frages Josef, Waberer Helga, Vrazek Karl, Scheutl Karl, Urban Peter, Nowotny Ingrid, Wien **75:** Löw Stefan, Angern a. d. March; Kreuzberger Peter, Freistadt; Nemesch Ferdinand, Gänserndorf; Ecker Wolfgang, Oberndorf; Krammel Gottfried, Oberwölbling; Schieder Günter, Zellerndorf; Tepperberg Eva, Breitenauer Norbert, Eckel Walter, Wien

Juliabkommen 1936

Die Annexion Österreichs an das Deutsche Reich gehörte zum politischen Programm der NSDAP. Sie begann mit einem Wirtschafts- und Propagandakrieg. Eine Tausendmarksperr, innenpolitischer Terror mit rund 600 Sprengstoffanschlägen und über hundert Todesopfern, führten 1934 zum Putschversuch und zur Ermordung des Kanzlers Dollfuß. Dieser scheiterte unter internationaler Empörung und Hitler musste seine Taktik ändern.

1935 gliederte Deutschland das Saarland nach einer Volksabstimmung dort ein, führte am 16. März die allgemeine Wehrpflicht ein und begann mit der Aufrüstung. Hitler gelang im selben Jahr der Abschluss eines deutsch-britischen Flottenabkommens. Die Briten erhofften sich, zunächst im Bereich der Marine, die Aufrüstung einzudämmen. Die Appeasement-Politik begann, die Front gegen den Nationalsozialismus in Europa und für die Souveränität Österreichs stürzte ein. Italien überfiel am 3. Oktober 1935 Äthiopien und wurde vom Völkerbund mit Sanktionen belegt, die Österreich mit Ungarn boykottierte. Italien nunmehr isoliert, verbündete sich mit Deutschland. Österreich ohne außenpolitische Option, verlor seine Schutzmacht und musste den politischen Ausgleich mit Berlin suchen. Für Deutschland verhandelte Botschafter Franz von Papen, für Österreich, von Schuschnigg betraut, Guido Schmidt und Edmund Glaise-Horstenau. Das Abkommen unterzeichneten Papen und Kanzler Schuschnigg am 11. Juli 1936. Es bestand aus zwei Teilen, dem offiziellen „deutsch-österreichischen Kommuniqué“ und dem geheimen „Gentlemen's-Agreement“. Ihr Inhalt wird hier gekürzt und sinngemäß wiedergegeben.



„Gentlemen's-Agreement“, Außenminister Guido Schmidt (l.) und Botschafter von Papen, 1936

Kommuniqué

Abgeschlossen „In der Überzeugung der europäischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Förderung zuteilwerden zu lassen...“

1. Die Anerkennung der vollen Souveränität Österreichs.
2. Verzicht auf Einfluss in die innenpolitischen Angelegenheiten - auch die „des österreichischen Nationalsozialismus“ - des jeweils anderen Landes.
3. Österreich bekennt sich als „deutscher Staat“. Zur Verwirklichung der „gewünschten Entspannung“ beider Länder werden „einer Reihe von Einzelmaßnahmen“ erstellt, welche ab 1936 bis 1938 umgesetzt werden.

Geheimabkommen

1. Behandlung von Reichsdeutschen in Österreich und ÖsterreicherInnen im Reich: freie Ausübung der Tätigkeiten ihrer Organisationen, keine Einflussnahme auf die Innenpolitik des jeweiligen Landes, Verbot von Beeinflussung durch Propaganda.
2. Kulturelle Beziehungen: Förderung des kulturellen Austausches unter Berücksichtigung der jeweiligen Gesetze des anderen Staates.
3. Presse: Gegenseitige Erlaubnis der Einfuhr von Zeitungen beider Länder. Verbreitung der NS-Meinung in der Öffentlichkeit.
4. Emigrantenfrage: Lösung des Problems der nationalsozialistischen Emigration nach Deutschland.
5. Hoheitszeichen und Nationalhymne: Gleichstellung des Tragens von Hoheitszeichen, Absingen der (jeweils anderen, Anm.) Nationalhymne nur in geschlossenen Veranstaltungen.
6. Wirtschaftliche Beziehungen: Diskriminierungen von Personen und Gebieten sofern nicht wirtschaftlich begründet, werden unterlassen. Wiedereinführung des kleinen Grenzverkehrs.
7. Reiseverkehr: Beiderseits verfügte Beschränkungen werden aufgehoben. Bevorzugte Behandlung von Verwandten, Geschäftsreisenden, Kranken und Sporttreibenden (besonders Mitglieder vom Österreichischen Alpenverein).
8. Außenpolitik: Die österreichische Bundesregierung nimmt Rücksicht auf die friedlichen Bestrebungen der deutschen Reichsregierung. Anpassung an die deutsche Außenpolitik. Gemeinsame Beratungen zu außenpolitischen Fragen finden statt.

9. Innenpolitik:

- a) Politische Amnestie für Nationalsozialisten, ausgenommen bei schweren Delikten. Noch nicht abgeurteilte und verwaltungsmäßig bestrafte Personen eingeschlossen. Gilt auch für Emigranten.
 - b) Aufnahme von Nationalsozialisten in die österreichische Regierung und deren Beteiligung an der politischen Willensbildung.
10. Behandlung von Anständen und Beschwerden: Bildung von Ausschüssen zur Beratung durch je drei Vertreter beider Seiten.

Mit dem Abkommen wurden Hürden des austrofaschistischen Staates für den Anschluss 1938 beseitigt. Hitler bedankte sich und eröffnete am 5. November 1937 dem Generalstab seine nächsten außen- und militärpolitischen Ziele: die Einverleibung Österreichs und der Tschechoslowakei.

Dominik Lang ■

Buchtipp: Gabriele Volsansky: Pakt auf Zeit, das Deutsch-Österreichische Juli-Abkommen 1936, Böhlau Wien.



Kalender 2027

Am 18. Juli 1936 erhoben sich in Spanien reaktionäre Generäle und Teile der Armee gegen die legitime, demokratisch gewählte Regierung. Der Putsch misslang. In den nahezu drei Jahren, die das spanische Volk für seine Freiheit kämpfte, wurde bewiesen, dass dem Faschismus Widerstand geleistet werden kann. Den 90. Jahrestag des faschistischen Putsches von Franco und seinen Kumpanen gegen die rechtmäßig gewählte Regierung der spanischen Republik nehmen wir zum Anlass, einen Kalender für das Jahr 2027 aufzulegen. In diesem Kalender erinnern wir mittels zeitgenössischer Plakate an den heldenhaften Kampf des spanischen Volkes unterstützt von ausländischen Kämpfern in den Internationalen Brigaden. Wir schicken unseren Mitgliedern den Kalender im November 2026.



**Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz**

Gefördert aus Mitteln des Sozialministeriums

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Klaus Bergmaier, Kira Binderlehner, Werner Drizhal, Robert Eiter, Marina Hanke, Veronika Kaiser, Dominik Lang, Johanna Lehner, Marie Lercher, Sabine Lichtenberger, Gerald Netzl, Anna Portenkirchner, Dieter Preinerstorfer, Andreas Sarközi, Walter Schuster, Gerhard Stanz, Sylvia Steinitz, Gabi Tremmel-Yakali. **Grafische Gestaltung:** Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. August 2026

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Redaktion: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen, ZVR 413127944, 1010 Wien, Löwelstraße 18, kaempfer@spoe.at, Tel. 01/534 27-277. **Hersteller:** Wien Work – Digital Media, 1220 Wien. Offenlegung nach § 25 MedienG unter: www.freiheitskaempfer.at/offenlegung

Die Tätigkeit der NS-Opferverbände wird von der Republik Österreich, vom Sozialministerium gefördert. Die Verbände und somit auch unser Bund, sind verpflichtet in schriftlichen Veröffentlichungen an gut sichtbarer Stelle den Hinweis „Gefördert aus Mitteln des Sozialministeriums“ sowie das Logo des Sozialministeriums anzubringen.

**Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M**

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen,
Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen,
1010 Wien, Löwelstraße 18